

Antrag der Fraktion PDS/ML	Vorlagen - Nr.: VO/0365/2005 Status: öffentlich Datum: 21.06.2005 Eingang: 21.06.2005	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg		
<u>Beratende Gremien:</u>	Ausschuss für Regionalentwicklung, Verwaltungs- und Parlamentsreform Haupt- und Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg	

Antrag der PDS/ML-Fraktion betr.: Philipps-Universität

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, an die hessische Landesregierung zu appellieren, die Studiengänge Osteuropäische Geschichte, Slawistik und Japanwissenschaften an der Philipps-Universität Marburg zu erhalten.

Weiterhin möge sich der Magistrat für den Erhalt der Universität Marburg als Volluniversität aussprechen und etwaigen Planungen zu einer Ausdünnung, Schließung und Zentralisierung der weniger frequentierten Fächern entgegenwirken.

Begründung:

Für die Stadt Marburg ist die Philipps-Universität auch ein gewichtiger ökonomischer Faktor, der durch Fächerstreichungen und fachlich/personelle Ausdünnungen gefährdet wird. Mit der Schließung der oben genannten Fächer wird ein Prozess in Gang gesetzt, der die Universität Marburg als Volluniversität gefährdet und langfristig zu einer Schließung ganzer Fachbereiche führen könnte. Ein Rückgang in der Studierendenzahl und eine Konzentration auf einige wenige Wissenschaftszweige hätte auch für die Stadt Marburg verheerende ökonomische Folgen.

So profitiert die Stadt Marburg auch von der Fächervielfalt an der Universität Marburg durch externe Anbindungen. RussischlehrerInnen an den Marburger Schulen können auf die fachlich und didaktische Kompetenz der Slawistik zurückgreifen. Für die heimische Wirtschaft sind JapanwissenschaftlerInnen und Studierende der osteuropäischen Geschichte – unter anderem auch durch ihre Sprachkompetenz - von Interesse. Innerhalb der Universität wird eine bisher gute interdisziplinäre Zusammenarbeit durch die geplanten Schließungen gefährdet. Studierende der Politikwissenschaft, die ihren Schwerpunkt auf den europäischen Erweiterungsprozess gelegt haben, profitieren von der osteuropäischen Geschichte. Die Rechtswissenschaften mit ihrer Abteilung für japanisches Recht kooperieren mit den Japanwissenschaften.

Die osteuropäische Geschichte arbeitet in Marburg eng mit dem Herder-Institut zusammen, das als außeruniversitäre Forschungsstätte (Mitglied in der Leibniz-Gemeinschaft) eine zentrale Institution der historischen Ostmitteleuropa-Forschung in Deutschland ist.

Durch eine Verlegung des Standortes 30km entfernt nach Gießen befände man sich in der absurden Situation, dass Studierende und Lehrpersonal 30 km weiter fahren müssten, um an Bücher und Informationen zu kommen. Im Prinzip wird hier kein Osteuropazentrum geschaffen, sondern eines zerschlagen.

**Astrid Kolter
Henning Köster**